



An den Oberbürgermeister
Herr Michael Ebling
Rathaus
Jockel-Fuchs-Platz 1
55116 Mainz

OFFENER BRIEF

Mainz, 16.07.2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ebling,

wir wenden uns an Sie, weil wir in großer Sorge darüber sind, dass seit Monaten regelmäßig auf Mainzer Plätzen menschenverachtende, rassistische Hetze stattfinden kann. Seit dem Mord an einer Mainzer Schülerin wird auf den Kundgebungen nun zudem für ausländerfeindliche Stimmung gesorgt, indem die Ermordete als „Opfer der Asylpolitik“ oder „Opfer des Islam“ in infamster Weise instrumentalisiert wird.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) hat es in ihrem mehr als 70jährigen Bestehen stets als ihre Aufgabe gesehen, jeder Form von Rassismus und menschenverachtenden Parolen entgegen zu treten. Wir sind der Überzeugung, dass diese Kundgebungen, sollten sie noch weiter stattfinden, die Einfallstore für eine weit über den demonstrierten Hass auf Menschen anderer Herkunft hinausgehende drastische Rechtsentwicklung sind. So unterstützen wir mit vielen anderen Mainzerinnen und Mainzern seit März d. J. die Proteste gegen die Kundgebungen. Wir sind mit allen anderen protestierenden Menschen der Meinung: „Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda!“

In den Reihen der Kundgebungen werden Mitglieder rechter Parteien und Organisationen genauso willkommen geheißen, wie Mitglieder neo-nazistischer Vereinigungen geduldet. Die Kundgebungen sind eine Plattform für die Verbreitung extrem rechter Inhalte. Diese Bestrebungen stellen eine ernste Gefahr für unsere Gesellschaft dar. Zum einen dienen die Kundgebungen der Vernetzung und Zusammenarbeit extrem rechter Organisationen mit rechtspopulistischen Kräften. Zum anderen soll durch die andauernde Präsenz eine Normalisierung demokratiefeindlicher Einstellungen in der Öffentlichkeit erreicht werden. Wenn nicht von demokratischer Seite deutlich widersprochen wird, droht eine Akzeptanz rassistischer und rechtspopulistischer Inhalte als legitime politische Position.

Noch drängender wird das Erfordernis eines humanistischen Engagements angesichts der Tatsache, dass nun für den kommenden Samstag, 21. Juli 2018, vier rassistische Organisationen – aus Mainz, Wiesbaden, Kandel und Nordrhein-Westfalen – zu einer gemeinsamen Kundgebung auf dem Ernst-Ludwig-Platz aufrufen. Mainz darf nicht zum Sammelplatz dieser menschenverachtenden Szenarien werden!

Die Gründergeneration der VVN-BdA, die Überlebenden von Verfolgung und Haft, die antifaschistischen Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer haben Konsequenzen aus ihren Erfahrungen gezogen und immer wieder dazu aufgefordert und Mut gemacht, für ein „Nie wieder!“ einzutreten! In Erinnerung an die Erfahrungen und Lehren des antifaschistischen Widerstandes fordern wir die Stadt auf, sich mit allen Mitteln gegen die gerade „Normalität“ werdende Entwicklung zu stellen. Setzen Sie ein deutliches Signal für ein weltoffenes, solidarisches und antirassistisches Mainz! Wir wissen, dass juristische Mittel kaum zur Verfügung stehen. Das darf u.E. nicht dazu führen, dem Rassismus und der Menschenverachtung tatenlos zuzusehen. Wir sehen Sie, Herr Oberbürgermeister Ebling, ebenso in der Verantwortung wie den Stadtrat. Eine deutliche öffentliche Positionierung ist längst überfällig. Deutlichen Worten gegen Rassismus und Hass auf geflüchtete Menschen sollten Taten folgen. Wir denken, es sollte selbstverständlich sein, dass die politisch Verantwortlichen der Stadt, die Mainzerinnen und Mainzer, die ebenfalls in Sorge um die aktuelle Entwicklung sind, z.B. zu einer Kundgebung für ein weltoffenes, solidarisches Mainz aufruft! Hierzu könnten die in Mainz vielfältig aktiven demokratischen und humanistischen Organisationen und Gruppen ebenso eingeladen werden wie Kirchengemeinden, Gewerkschaften, Schulen, Jugendorganisationen und Sportvereine. Stellen Sie sich vor, das gesamte menschenfreundliche Mainz stellt sich dieser offenen rassistischen Hetze entgegen!

Sie hatten selbst dankenswerter Weise am 7. April in Ihrer Rede auf dem Mombacher Waldfriedhof darauf hingewiesen, von welcher Bedeutung es für die gesellschaftliche Entwicklung ist, für die Menschenwürde einzutreten, der Ideologie der Ausgrenzung etwas entgegenzusetzen. Im Geist der Veranstaltung zum Gedenken an den 70. Jahrestag der Grundsteinlegung des Denkmals für die Opfer des Faschismus möchten wir Sie an dieser Stelle nochmals an das Motiv der Überlebenden der Verfolgung, der Menschen, die Widerstand gegen den Faschismus leisteten, erinnern: Wehret den Anfängen!

Wir appellieren an Sie und die Stadt Mainz, sich dem ausweitenden Rassismus und der Hetze entgegenzustellen und nicht zuzulassen, dass in Mainz unter schamloser Ausnutzung des Mordes an der Mainzer Schülerin Verachtung und Hass für Menschen aus anderen Ländern und Kulturen verbreitet wird!

Mit freundlichen Grüßen

Kreisvereinigung Mainz-Bingen der VVN-BdA